

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Endlich wird gehandelt.

Aus Dresden wird uns vom 24. Mai gemeldet:
Es ist eine Verordnung des Ministers des Innern, Genossen Lipinski, ergangen, daß die Bildung von Freiwilligenformationen verboten ist, daß die Transporte zu überwachen, Waffen und Munition zu beschlagnahmen und sicherzustellen sind. Weiter ist verordnet worden, daß die Bahnhöfe in Leipzig, Zwickau und Dresden durch Landeskommissare und Landespolizei zu überwachen sind.

Der gestern in Dresden zusammengestellte Transport von 90 Mann Freiwilligen ist durch Eingreifen der Gendarmerie zum Auseinandergehen veranlaßt worden.

Also die sächsische Regierung handelt. Aus Bayern und Preußen aber liegen noch keine Meldungen gleicher Art vor. Ist die Reichsregierung noch nicht zum Handeln gekommen oder kann sie in Bayern und Preußen nichts ausrichten? Wie notwendig das Eingreifen ist, zeigt die folgende Meldung:

Berlin, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Breslauer Volkswehr, das Organ der sächsischen Rechtssozialisten, das schon vor Eintreffen der bayrischen Organe erstlich davor gewarnt hatte, die Landesunfugigen auf Oberschlesien loszulassen, richtet neuerdings scharfe Angriffe auf das Freiwilligenkorps Oberland wegen seiner Terrorakte in Namslau und Rastitz. Andererseits hat das Blatt den Heimatshut der Oberschlesier stets unterstützt, in welchem aus Oberschlesien und aus den Grenzorten alle Stände und Klassen vertreten seien. Die Volkswehr macht darauf aufmerksam, daß die Reichsregierung es unendlich schwer haben werde, die ungesicherte Anwendung von Freiwilligen in der gegenwärtigen Lage, in der sie praktisch von weiten Bevölkerungsteilen unterstützt wird, zu unterdrücken. Die Hauptschwierigkeiten liegen darin, daß die Freiwilligenverbände sich dem Zugriff der deutschen Behörden dadurch entziehen könnten, daß sie sich in das Hoheitsgebiet der Interalliierten Kommission begeben. Diese Kommission selbst habe in den letzten Wochen ihre eigene Grenzperre sehr mildern müssen. Es hätten daher viele Freiwillige die Grenze passiert und sich drüben, wo Gesetz und Ordnung ja fast aufgehört haben, offen bewaffnen und uniformieren können. Da die Endtermine der Entwaffnung herannahen und sich zu den bayrischen Schwierigkeiten sächsische gesellen werden, müsse darauf hingewiesen werden, daß der Sitz dieses Liebes in Schließen hauptsächlich außerhalb des Machtbereiches der deutschen Behörden liegt.

Ueber die in dieser Meldung erwähnten Terrorakte der Freiwilligen hat das Blatt gemeldet:

In Namslau hat sich ein Leutnant Deinhardt mit einer bewaffneten Bande abgefickerte Waffen aus dem Rathaus geholt, nachdem er dieses einen Tag lang regelrecht belagert hat. In Rastitz haben die Leute vom „Freikorps Oberland“ unseren dortigen führenden Parteigenossen bedroht, weil dieser gegen ihr Treiben aufgetreten ist. In beiden Fällen waren die Behörden anscheinend zu schwach zu rechtzeitiger Schutz. Die Reichsregierung wird daher der preussischen Umweilung geben müssen, die Sicherheitspolizei im Grenzgebiet sehr zu verstärken und mit ganz besonderen energischen Weisungen zu versehen.

Die Freiwilligen zeigen hier ihr wahres Gesicht. Sie gehen ebenso gern auf unbewaffnete Sozialdemokraten wie gegen bewaffnete Polen los!

Die Werbungen für Oberschlesien gehen weiter.

Dresden, 24. Mai. (Eigene Meldung der L. V.) Der unabhängigen Volkszeitung hat ein günstiger Wind folgende Dokumente auf den Tisch geweht:

Dresden, im Mai 1921.

P. B.

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie zwecks Einstellung in die Apo noch eine schriftliche Meldung einreichen müssen und zwar nach der Interalliierten Kommission, Meldestelle für Abstimmungspolizei, Oppeln O. Oberschlesien. Politisches Führungszeugnis ist beizufügen. Als tägliche Löhnung erhalten Sie sobald Sie die ober-schlesische Grenze passiert haben, 50 M., abzüglich eines Teiles für Verpflegung. Sie wollen bitte die Meldung sofort einreichen, da die Sache sehr eilig ist.

Mit treudeutschem Gruß

Bereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe

Dresden.

Ferdinandstraße 17, 1.

Dresden, 21. Mai.

Zwecks Einstellung in die Apo werden Sie ersucht, sich am Sonntag, dem 22. Mai 1921, 11 Uhr vormittags, Rudolf-Schreiber-Gasse einzufinden.

Bereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe

Dresden.

Ferdinandstraße 17, 1.

Inzwischen ist den Angeworbenen, die größtenteils Dresdner und keine Oberschlesier sind, mitgeteilt worden, daß sie nicht für die Abstimmungspolizei der Interalliierten Kommission, sondern für eine „Freiwilligen-Schutzpolizei“ bestimmt sind. Die Leiter sind beauftragt, sich heute nachmittags 5 Uhr auf dem Hauptbahnhof zu sammeln, ein anderer Teil trifft sich auf dem Bahnhof der Weiltiner Straße. Es sind Fahrkarten bis Arnsdorf zu lösen. Dort treffen sich die einzelnen Mitglieder und werden zu einem Trans-

port von etwa 100 Mann zusammengestellt, der nach Oberschlesien weitergeleitet wird.

Also nach außen hin wird die verbotene Werbung durch die Vorpiegelung, daß die Anwerbung für die Abstimmungspolizei geschehe, zu verbergen gesucht. Und dann werden die Geworbenen aus Dresden herauszubringen gesucht, indem man Fahrkarten bis Arnsdorf löst. Ob nun die Polizei auf die Belne kommt? Oder ist immer noch kein Anlaß zum Eingreifen vorhanden?

Rosen Außenminister.

Berlin, 23. Mai. Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten im Haag Dr. Rosen zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt und den Reichskanzler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

Mit der Ernennung des bisherigen deutschen Gesandten in Holland, Dr. Rosen, zum deutschen Außenminister ist die Vollständigung der Regierung einen Schritt weiter gediehen. Nach der täglichen Rundschau ist Rosen vom Zentrum und der Sozialdemokratie für diesen Posten vorgeschlagen worden, was zu vermerten nicht ganz bedeutungslos ist, da der neue Außenminister nicht als Demokrat anzusprechen ist. Die rechtsstehende Presse ist in der Beurteilung Rosens äußerst zurückhaltend, obwohl sie ihn genau kennt und weiß, wie er politisch gestimmt ist. Das ist nur ein Trick von ihm, um ihn nicht von vornherein als rechtsgerichteten Politiker zu kennzeichnen. Rosen ist, wie die Nationalzeitung sagt, „ein Diplomat der alten Schule, aber einer, der sich in der Tat mit klarem Instinkt der gegebenen Lage anzupassen wußte“. Also ein gelehrter Konjunkturpolitiker, der der deutschen Republik mit der gleichen Treue und Aufrichtigkeit dient, wie er früher der wilhelminischen Monarchie gedient hat! Auffällig ist seine Ernennung schon um deswillen, weil sich die neue Rumpfregierung vom ersten Tage an den Anschein zu geben suchte, als hätte man es in ihr das erstemal mit einer wirklich demokratisch-republikanisch gestimmten Regierung zu tun. Herrn Wirth ist doch sicher bekannt, daß Herr Rosen auf seinem bisherigen Posten die schwerwiegenden Vorwürfe gemacht wurden, er habe als Verbindungs- und Vermittlungsglied zwischen den deutschen Monarchisten und Wilhelm II. gedient. Die Vorwürfe waren im vorigen Jahre einmal so deutlich, daß die Entente und die holländische Regierung sich damit beschäftigen mußten. Diese Vorgänge sind doch bei der Berufung eines Mannes auf den Posten des deutschen Außenministers nicht als ganz gleichgültig zu bewerten. Die Ernennung Rosens zum Außenminister zeigt den stark reaktionären Einschlag der Regierung und wie sie von außen her beeinflusst wird. Rosen ist weder der Mann, die Außenpolitik so zu steuern, daß Deutschland aus der letzten schwierigen Lage herauskommt, noch aber der Reformator des auswärtigen Amtes. Zwei Antiquitäten sind ja in den letzten Wochen aus dem Amt bugliert worden, aber was an ihre Stelle kommt, ist noch unbekannt. Soll das Museum wilhelminischer Altertümer gründlich gereinigt werden, dann bedarf es anderer Wesen als der bisher benutzten.

Die „Reorganisation“ im Auswärtigen Amt.

Berlin, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, sind die Nachrichten unzutreffend, die besagen, daß Dr. Adolf Köster, der frühere Außenminister, als Staatssekretär in das Auswärtige Amt berufen sei. Es ist zwar richtig, daß Dr. Hankel nicht mehr länger auf seinem Posten verbleiben dürfte, aber der Posten des Staatssekretärs wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mit einem Parlamentarier, sondern wie üblich, mit einem Beamten des auswärtigen Dienstes besetzt werden. Dr. Hankel dürfte sich als diplomatischer Vertreter nach dem Haag begeben. Der wirtschaftliche Staatssekretär Boyen wird ebenfalls zurücktreten und wird Nachfolger Dr. Solks in Tokio werden, der sich von Tokio nach Washington begibt. Die Pressestelle der Reichskanzlei ist noch immer nicht neu besetzt. Es hat fast den Anschein, als ob Herr Heibronn versuchen wolle, sich in die neue Regierung hineinzuwickeln.

Nationalistische Erhebung in Ägypten.

Berlin 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volkszeitung meldet aus London: Die lokalen Unruhen in Ägypten haben in der letzten Nacht und am gestrigen Tage einen solchen Umfang angenommen, daß englische Truppen zu Hilfe geholt werden mußten. Auf das Gerücht hin, daß ein Eingeborener von einem Griechen getötet worden sei, haben die Eingeborenen unter Führung von nationalistischen Studenten in Alexandria einen groß angelegten Angriff auf die Europäer unternommen, bei dem 5 Europäer getötet und 72 verwundet wurden. Die Erregung der Bevölkerung ist sehr groß, zumal eine allgemeine Erhebung erwartet wird. 1500 bewaffnete Beduinen sollen im Anmarsch sein, um die Revolutionäre zu verstärken. Die englischen Truppen haben Alexandria besetzt.

Wie der kommunistische Osterputsch gemacht wurde.

„Material 3“ der Leviten.

In dem inneren Streit, der die „Bereinigten“ kommunistische Partei zerfleischt, hat die famose Berliner Zentrale bekanntlich zu ihrer Verteidigung die Behauptung vorgebracht, daß ihr die Aktion durch Provokationen Hörings, des Oberpräsidenten von Sachsen, aufgezwungen worden sei. Nach ihrer Darstellung mußte sie den mitteldeutschen Arbeitern gegen die Polizeikräftungen zu Hilfe kommen. Das Unsinnige dieser Darstellung lag von vornherein auf der Hand. Wenn Hörings die Polizeikräfte in seinem Bezirk verstärkt und Maßnahmen gegen „verbrecherische Elemente“ androht, so konnten bei dem Stand der Kräfte, wie er ist und war, nur unverbesserliche Revolutionärnarren zu der Auffassung kommen, daß aus diesem Anlaß sich eine Aktion ergeben könne, die die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands mit sich reißen werde. Sowohl die politische Situation, als auch der Anlaß mußten jedem Menschen von nur einigem politischem Urteil sagen, daß es ein politischer Wahnsinn sein werde, die deutschen Arbeiter wegen der Höringschen Maßnahmen auf die Straße zu rufen. Schon in der Levit-Broschüre war aber bestritten worden, daß Hörings Provokation den Anstoß zur Einleitung der Aktion gegeben habe. Levit erklärte, daß der Plan nicht innerhalb der deutschen kommunistischen Partei entstanden sei. Nun wird diese Behauptung Levits unterstützt durch eine Darstellung, die von der rechtskommunistischen Opposition verbreitet worden ist. Diese Opposition hat sich organisiert und gibt zur Information ihrer Anhänger „Material“ über die Zustände der Partei und über die Folgen der Märzaktion heraus. Aus Nummer 3 dieses Materials gibt die Freiheit einige Auszüge, in denen es über „die Höringslegende“ heißt:

„Immer wieder behauptet die Zentrale, die Märzaktion sei eine Folge des Vorgehens Hörings in Mitteldeutschland gewesen. Rein Wort davon ist wahr: Die Märzaktion war beschlossen, ehe irgendetwas von den Vorgängen in Mitteldeutschland bekannt geworden!

Vier Tage vor der Zentralausführung am 7. März, in der die Zentrale ihre neue Taktik- und Provokationstheorie entwickelte, hatten sowohl Genosin Zeitlin wie Levit eine Unterredung mit dem Vater dieser neuen taktischen und grundsätzlichen Führung der Partei: einem Vertreter der Exekutive! Dieser entwickelte den beiden Genossen das, was später im Zentralausführungsmitglied der Zentrale als neue Linie der Partei, als Bruch mit der bisherigen Vergangenheit, bezeichnete. Erst im Laufe dieser Zentralausführung wurde Hörings Vorgehen bekannt! Levit und Zeitlin haben sofort gegen diesen Wahnsinn protestiert! Leider erfolglos. Und damit er nicht weitergehe, schrieb Levit seine Broschüre, mußte sie schreiben, um die Parteigenossen aufmerksam zu machen und zu warnen.“

Ueber diesen Vertreter der Moskauer Exekutive, der diese „neue Linie“ vorgezeichnete, sagt das Material an anderer Stelle, daß er die Exekutive über seinen Aufenthalt in Deutschland im vergangenen Jahre zum Teil „glatt belogen“, teils vor ihr Anschauungen über deutsche Verhältnisse produziert habe, „die geradezu haarsträubend waren“. Und dann heißt es wörtlich weiter:

„Aus seiner völligen Unkenntnis der Dinge in Deutschland heraus kam dann dieser Genosse zu der Auffassung, in Deutschland sei es möglich, durch Provokationen der Reaktion und Oppositionsbewegungen eine revolutionäre Aktion zu erzeugen. Er sagte z. B., daß die KPD die hawrische Orgesch provozieren müsse. Im übrigen entwickelte er die Theorie, die dann in der Zentralausführung vom 17. März von den Mitgliedern der Zentrale der KPD, als die neue, notwendige Offensivtaktik und Provokationemethode zur Förderung der deutschen Revolution angepriesen wurde. Trotz des energischen Protestes Kurt Geyers stimmte die Exekutive seinen Ausführungen zu und sandte ihn nach Deutschland, damit er sie in die Tat umsetze. Die Märzaktion war damit geboren und eingeleitet.“

Der Osterputsch, der dem deutschen Proletariat eine schwere Niederlage beigebracht hat, Hunderten von Arbeitern das Leben gekostet und viele Hunderte in Justizhaus und Gefängnis geführt hat, ist also einfach auf den Befehl Moskaus unternommen worden. Wenn Hörings nicht einen Vorwand geliefert hätte — er war jämmerlich genug —, so hätte man irgendetwas andern Anlaß gesucht, hätte man ihn nach dem Rezept des Exekutivvertreters durch Provokationen der Orgesch zu erzielen versucht. Moskau diktiert und die deutschen Strohmannen, die angeblich die kommunistische Partei leiten, gehorchen. Und wie die Informationen aussehen, auf die sich die Weisungen der Moskauer stützen, darüber sagt das Material Nr. 3 folgendes Erbauliche:

„Diese (die Vertrauensmänner) berichten vielfach so, wie es die Moskauer Genossen auf Grund ihrer vielfach vorgefaßten Meinung zu hören wünschen. Die Exekutive unterhält z. B. in fast allen deutschen Parteibezirken Vertrauensleute, die ohne Wissen und Kontrolle der deutschen Zentrale der KPD nach Moskau berichten. Kein Wunder, daß bei einem solchen System Mißtrauen bilden wie drüber entsteht. Das Verderblichste ist, daß die Vertreter der Exekutive große Mittel zur Verfügung haben, über deren Verwendung innerhalb der Parteien die nationalen Zentren keine Kontrolle besitzen.“